

Presseerklärung von  
**Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Gemeinderatsfraktion der Stadt Ladenburg/Neckar**  
**Stadträtin Angelika Gelle**  
**Stadtrat Sven Ruster**

Ladenburg, den 27.05.2015

**Nichtbehandlung der Resolution zum TTIP-Vertrag -  
ein Rede- und Denkverbot für Ladenburgs Gemeinderat**

– Mehrheit der Mitglieder schneidet den Weg zur kommunalpolitischen Willensbildung ab –

(Ladenburg/PE) In der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats Ladenburg am 20. Mai 2015 brachte die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zusammen mit Stadträtin Gelle (SPD) und Stadtrat Ruster (FW) eine Resolution zu möglichen kommunalpolitischen Folgen der Transatlantischen Handels- und Investitionsvereinbarung (TTIP) zur Abstimmung ein. Dieser stand als TOP 8 auf der Tagesordnung.

Die Mehrheit der Gemeinderatsmitglieder beschloss jedoch kurzerhand die Absetzung des Punktes und verhinderte so Aussprache und Abstimmung über den Inhalt des Antrags. Die Tür für eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema war damit zu. Selbst eine stattdessen angeregte Vertagung wurde mit Argumenten wie „Wir haben dafür keine Kompetenz“ oder mit teils spöttischen Worten wie „Macht Ladenburg nun Weltpolitik?“ vom Tisch gefegt. Mit dem Entscheid für die Absetzung dieses Tagesordnungspunktes wurde also ein Verfahren der Geschäftsordnung angewendet, das für Ladenburg seit Jahrzehnten ohne Beispiel ist.

Wie bei anderen Fraktionen, ist es auch für „bündnisgrüne“ Anträge nicht ungewöhnlich und demokratisch zu akzeptieren, wenn diese nach einer Beratung keine Mehrheit finden. Dagegen ist das Absetzen eines vom Bürgermeister zu Recht angenommenen TOP schlicht ein Affront.

Auch wenn TTIP, wie in der Sitzung zu Recht gesagt, ein Thema der „großen Weltpolitik“ ist und auf höchsten Ebenen verhandelt und letztlich entschieden wird, so werden doch Auswirkungen des Abkommens auch und gerade in den Kommunen vor Ort zu spüren sein. Die Befürchtungen, dass einige Klauseln der zwei Kontinente übergreifenden Vereinbarung TTIP die Kommunen in ihrem Entscheidungsspielraum massiv einschränken können, werden inzwischen landauf, landab von vielen kommunalen Entscheidungsträgern geteilt. Ähnliche Resolutionen benachbarter Städte wie Mannheim und Heidelberg, aber auch kleinerer Kommunen wie Bensheim, Speyer oder Wald-Michelbach zeigen dies. Selbst der Deutsche Landkreistag, der Städtetag sowie der Städte- und Gemeindebund Baden-Württemberg als Vertretungen der Kommunen haben eine entsprechend kritische Erklärung zum geplanten Handelsabkommen abgegeben. Angesichts solcher zahlreichen, in Form von Resolutionen geäußerten Bedenken, erscheint die entwürdigende Unterstellung,

Ladenburg mache nun Weltpolitik, zynisch. Der Versuch, dieses wichtige Thema ins Lächerliche zu ziehen, kann nur Kopfschütteln hervorrufen.

Denn es war den Ladenburger AntragstellerInnen der Resolution klar, dass dieses Groß-Thema in kompletter Breite nicht sinnvoll vom Gemeinderat diskutiert werden kann. Deshalb hatten sie nur Aspekte in den Resolutionsentwurf aufgenommen, die ernste kommunale

Konsequenzen haben könnten, würden sie in die TTIP-Vereinbarung aufgenommen. Nur zwei Beispiele:

- Druck zur Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, so etwa bei der Wasserversorgung, der Abwasserbehandlung, bei Nahverkehrsangeboten und -netzen oder bei Leistungen wie der regionalen Stromerzeugung, in Basisbereichen auch beim öffentlichen Pflege- und Krankenhauswesen sowie bei der Erwachsenenbildung oder im urbanen Kulturbetrieb.
- Unterlaufen sinnvoller Bevorzugung regionaler Anbieter in der kommunalen Beschaffung; d.h. nicht nur die Pflicht zur europaweiten Submission, sondern auch zu Ausschreibungen in den USA .

Das alles ist keine „Weltpolitik“, sondern es sind Themen, die Ladenburg direkt betreffen. Dafür sind wir als KommunalpolitikerInnen gewählt worden und mitverantwortlich.

Nun haben also, rechtzeitig vor Beginn der wichtigen 10. TTIP-Verhandlungsrunde (voraussichtl. im August), zahllose – und nicht bloß deutsche – Kommunen ihre vorsorgliche Warnung gegen den aktuellen Stand von TTIP erklärt und so die hiesigen Kommunalverbände, denen bisher kein Mitwirkungs- oder Anhörungsrecht zugestanden wird, in ihren Argumenten unterstützt. Ladenburg wird nun nicht mehr dazugehören. Wegen der Aussetzung der TTIP-Themen für die Dauer von 6 Monaten käme auch eine wiederholte Antragstellung (und ggf. weitere Überzeugungsarbeit im Rat bis dahin) zu spät. Dies – und keine bestehende Möglichkeit, dagegen die kommunale Rechtsaufsicht anzurufen – sind automatische Folgen des Absetzungsbeschlusses im Gemeinderat.

Zwar kann man davon ausgehen, dass Antragstellerin und mündliche Befürworter des Absetzungsbeschlusses sehr wohl wussten, dass dieser letztlich ein Mittel der Geschäftsordnung gegen missliebige Themen und/oder KollegInnen im Rat ist. Gerade auch, wenn zuvor der Bürgermeister die Ratszuständigkeit des Tagesordnungspunktes geprüft und bejaht hat.

Diese Form einer Unterdrückung öffentlicher Aussprache über ein kommunal und politisch relevantes Thema wirft die Frage auf, welche Furcht die Befürworter der Absetzung eigentlich vor einer öffentlichen Diskussion hatten? Wir bezweifeln allerdings, dass diese Motivation und die Tragweite der Entscheidung für die künftige Zusammenarbeit im Rat allen 11 Mitgliedern, die für Absetzung votierten, wirklich klar war. Hätte doch auch durch eine Vertagung des TOP allen vorgebrachten „Argumenten“ leicht abgeholfen werden können: Mehr Vorbereitungszeit, zusätzliche Unterlagen, Expertenanhörung, bessere Erläuterung der Zulässigkeit des TOP durch die kommunale Rechtsaufsicht etc. Diese Möglichkeit wurde aber vertan. Stattdessen hat sich der Rat in dieser Sache selbst einen Maulkorb verpasst.

Bleibt zu hoffen, dass die BefürworterInnen der Absetzung wenigstens in Zukunft mehr Bereitschaft aufbringen – im Sinne einer demokratischen Diskussionskultur –, sich mit kommunalpolitisch relevanten Themen auseinanderzusetzen, auch wenn sie dabei einmal über den Kirchturm hinaus schauen müssen.

Dies wäre auch ein Stück Respekt gegenüber den gewählten MitgemeinderätInnen, die einen Diskussionsbedarf für dieses Thema sehen. Wohlgemerkt: Alle, die für die Absetzung dieses Tagesordnungspunktes gestimmt haben, hätten dafür votieren können, den TTIP-Resolutions-Antrag nicht zu unterstützen. Das wäre wenigstens eine politische Aussage gewesen. So erlebten wir aber nur die Unlust im Gremium, sich überhaupt mit dem Thema TTIP zu beschäftigen – mit der Folge, dass sich der Ladenburger Gemeinderat selbst ein Diskussions- und Denkverbot erteilt hat.